

# Antrag

beschlossen von der 198. Vollversammlung  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg  
am 7. Mai 2026

## **Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich stoppen – soziale Infrastruktur sichern und ausbauen**

Die aktuellen budgetpolitischen Maßnahmen der Vorarlberger Landesregierung führen zu tiefgreifenden Einschnitten im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich, die nicht nur einzelne Einrichtungen betreffen, sondern die Funktionsfähigkeit der gesamten sozialen Infrastruktur des Landes gefährden. In einer Zeit steigender Lebenshaltungskosten, wachsender psychischer Belastungen und zunehmender sozialer Ungleichheit werden ausgerechnet jene Bereiche unter finanziellen Druck gesetzt, die für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Chancengerechtigkeit und soziale Sicherheit zentral sind.

### **Auswirkungen im Sozialbereich und bei zentralen Einrichtungen**

Die Umstellung der Finanzierungssystematik im Sozialfonds, insbesondere die Reduktion und Deckelung von Tarifen, führt dazu, dass zahlreiche Einrichtungen faktisch zu Leistungseinschränkungen gezwungen werden, obwohl formal keine unmittelbaren Angebotsstreichungen beschlossen wurden. Rund 15 Millionen Euro an Einsparungen sowie zusätzliche Kürzungsmaßnahmen treffen insbesondere jene Leistungen, die niederschwellig, präventiv und personenbezogen organisiert sind. Besonders betroffen sind Beratungs- und Therapieangebote wie psychosoziale Beratung, Suchtberatung oder Wohnungsberatung, da diese über Stundenkontingente finanziert werden und somit direkt von Tarfkürzungen erfasst sind. Die Konsequenzen sind bereits absehbar: reduzierte Betreuungszeiten, längere Wartezeiten und steigender Druck auf die Beschäftigten.

Zentrale Träger:innen sozialer Dienstleistungen – darunter aks, Integra, Caritas, Lebenshilfe, pro mente – sehen sich mit erheblichen finanziellen Einschränkungen konfrontiert. Konkrete Auswirkungen zeigen sich etwa beim Vorarlberger Kinderdorf, das Einsparungen in der Größenordnung von rund 900.000 Euro bewältigen muss und dadurch Leistungen für mehrere tausend Kinder und Jugendliche unter Druck geraten. Auch im Bereich der wohnortnahen Versorgung werden erste strukturelle Einschnitte sichtbar. Es entstehen in der Wohnungslosenhilfe Finanzierungslücken, etwa bei Notschlafstellen oder regionalen Unterstützungsangeboten, wodurch die unmittelbare Existenzsicherung gefährdet wird. Diese Entwicklung trifft nicht nur die Nutzer:innen der Angebote, sondern auch die Beschäftigten, deren Arbeitsbedingungen sich durch steigende Arbeitsverdichtung und Personalknappheit weiter verschlechtern.

## **Zuspitzung im Gesundheits- und Pflegebereich**

Im Gesundheits- und Pflegebereich verschärfen die budgetären Rahmenbedingungen eine bereits angespannte Situation. Der bestehende Personalmangel wird durch unzureichende Finanzierung und fehlende Planungssicherheit weiter verstärkt. Knapp kalkulierte Personalschlüssel führen dazu, dass Ausfälle nicht kompensiert werden können, was zu Überlastung, erhöhtem Krankenstand und sinkender Attraktivität der Berufe führt. Gleichzeitig fehlen ausreichend Ausbildungsplätze, um dem strukturellen Bedarf gerecht zu werden. Damit wird nicht nur die Versorgungsqualität gefährdet, sondern auch die langfristige Stabilität des Systems in Frage gestellt.

## **Einschnitte in der Kinderbetreuung und Bildung**

Auch im Bildungsbereich setzt die Landesregierung Maßnahmen, die zu einer faktischen Schwächung bewährter Strukturen führen. Die geplante Umstellung der Förderung für Spielgruppen, die künftig an tatsächliche Öffnungszeiten statt an Betriebsmonate geknüpft wird, bedeutet für viele Einrichtungen empfindliche finanzielle Einbußen. Da eine Ausweitung der Öffnungszeiten ohne zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen nicht realisierbar ist, drohen Angebotsreduktionen oder sogar Schließungen. Zusätzlich wird die Förderung für zusätzliches Personal in öffentlichen Kindergärten gestrichen, wodurch in 18 Gemeinden künftig keine Mittel mehr für ergänzende pädagogische Ressourcen zur Verfügung stehen. Dies führt absehbar zu größeren Gruppen, einer weiteren Verdichtung der Arbeit und einer zusätzlichen Belastung für das ohnehin stark beanspruchte Personal. Bereits jetzt denkt ein erheblicher Teil der Elementarpädagog:innen über einen Berufswechsel nach, was die strukturellen Probleme weiter verschärft.

Die Einsparungen setzen sich auch im schulischen Bereich fort. Ergebnisse aktueller Kompetenztestungen zeigen deutlichen Aufholbedarf bei grundlegenden Fähigkeiten wie Lesen und Mathematik. Gleichzeitig werden notwendige Unterstützungsmaßnahmen – insbesondere im Bereich der schulischen Assistenz – nicht im erforderlichen Ausmaß ausgebaut. Nicht alle beantragten Assistenzstunden werden bewilligt, wodurch Lehrpersonen zusätzlich belastet werden und individuelle Förderung erschwert wird. Damit wird Bildungsgerechtigkeit nicht gestärkt, sondern weiter untergraben.

## **Kurzfristige Sparpolitik mit langfristigen Folgekosten**

Diese Entwicklungen stehen im klaren Widerspruch zu einer vorausschauenden, präventiven und sozial ausgewogenen Politik. Nicht nur wird bei zentralen Zukunftsbereichen gespart, sondern es werden auch Folgekosten in anderen Bereichen – etwa im Gesundheitswesen, am Arbeitsmarkt oder im Bildungssystem – bewusst in Kauf genommen. Es handelt sich nicht um eine nachhaltige Budgetpolitik, sondern um eine kurzfristige Verlagerung von Problemen.

## **Die 198. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg fordert daher die Vorarlberger Landesregierung auf:**

- **Sofortiger Stopp und Rücknahme der Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich.** Einsparungen bei psychosozialer Betreuung, Pflege, Kinder- und Jugendhilfe sowie frühkindlicher Bildung

treffen die Schwächsten und untergraben zentrale gesellschaftliche Grundlagen.

- **Sicherstellung einer bedarfsgerechten und langfristigen Finanzierung der sozialen Infrastruktur.** Soziale Dienstleistungen müssen auf Basis realer Bedarfe und Kosten finanziert werden, insbesondere im Bereich Beratung, Betreuung, Pflege und frühkindliche Bildung.
- **Überarbeitung der Tarif- und Finanzierungsmodelle im Sozialfonds unter Einbindung der Trägerorganisationen.** Pauschale Deckelungen und Vereinheitlichungen dürfen nicht zu qualitativen Verschlechterungen führen, sondern müssen die tatsächlichen Leistungsanforderungen abbilden.
- **Massiver Ausbau der personellen und finanziellen Ressourcen im Gesundheits- und Pflegebereich.** Verbesserung der Betreuungsschlüssel, Ausbau der Ausbildungsplätze – insbesondere im gehobenen Dienst – sowie nachhaltige Maßnahmen zur Entlastung des Personals.
- **Sicherstellung einer verlässlichen und fairen Finanzierung aller Formen der Kinderbetreuung und frühkindlichen Bildung.** Rücknahme der geplanten Förderumstellungen bei Spielgruppen sowie der Kürzungen beim Kindergartenpersonal und Entwicklung eines Modells, das Qualität, Zugänglichkeit und faire Arbeitsbedingungen gewährleistet.
- **Ausbau der Unterstützungssysteme im schulischen Bereich.** Ausreichende Finanzierung der schulischen Assistenz, bedarfsgerechte Zuteilung von Ressourcen sowie strukturelle Reformen zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit.
- **Verbindliche Einbindung von Sozial- und Bildungseinrichtungen sowie der Sozialpartner in budgetpolitische Entscheidungen.** Entscheidungen über Finanzierung und Strukturreformen müssen transparent und unter Einbeziehung der betroffenen Organisationen erfolgen.
- **Einrichtung eines sozialpartnerschaftlichen Beirats für Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbudgets.** Ziel ist eine langfristige, abgestimmte und sozial ausgewogene Budgetplanung.